



Heidi Rechinnek, Vorsitzende der Gruppe Die Linke im Bundestag

## Kindergrundsicherung größtes sozialpolitisches Ampelversagen

„5.000 – das ist die Zahl, die in der Diskussion um die Kindergrundsicherung die mit Abstand größte Aufmerksamkeit bekommt. 5.000 zusätzliche Stellen will Ministerin Paus, um die Kindergrundsicherung für alle aus einer Hand zu ermöglichen. Die Abgeordneten der FDP überschlagen sich mit Kritik an diesem ‚Bürokratiemonster‘, die SPD versucht, über eine schrittweise Einführung zu vermitteln, aber niemand redet über das, was eigentlich zählt – die Höhe einer zukünftigen Kindergrundsicherung“, kommentiert Heidi Rechinnek, Vorsitzende der Gruppe Die Linke, die erneute Debatte zur Kindergrundsicherung. Rechinnek weiter:

„2,4 Milliarden: Das ist die Zahl, über die wir eigentlich diskutieren sollten. Dieses Geld steht für die Kindergrundsicherung zur Verfügung – und das sollte angesichts der grenzenlos destruktiven Sparpolitik der Ampel nicht auch noch weggekürzt werden. 500 Millionen davon sind allein für die Verwaltung geplant, es bleiben 1,9 Milliarden für den Versuch eines Inflationsausgleichs. Für eine wirksame Kindergrundsicherung, die sich an realen Bedarfen orientiert, braucht es nach Einschätzung von Verbänden, Gewerkschaften und der Linken rund 25 Milliarden Euro. Eine Debatte, die das ignoriert, ist nichts anderes als ein plummes Ablenkungsmanöver, denn allen in der Regierungskoalition ist doch schon lange klar: Die Kindergrundsicherung ist bereits jetzt das größte sozialpolitische Versagen der Ampel.“

Um das nicht einzugestehen, werden die 5.000 Stellen zum Strohmann aufgebaut, hinter dem sich alle Koa-

litionsparteien bei den nahenden Wahlen verstecken können. Man hätte ja so gerne, aber die Frage der Verwaltung stand im Weg. Dabei gibt es exakt ein Kernproblem: die Ampel ist nicht willens, effektiv gegen Kinderarmut vorzugehen. 25 Milliarden, die das Leben von Millionen Kindern, Jugendlichen und Familien verbessern würden und laut Berechnungen bis zu 100 Milliarden Einsparungen für den Haushalt ermöglichen, sind politisch nicht gewollt. Dass Kinder hungrig in die Schule müssen, Jugendliche nicht an der Klassenfahrt teilnehmen können und Eltern bei sich sparen, damit ihre Kinder das Gefühl haben können dazuzugehören – all das ist der Regierung einfach nicht wichtig genug.“



# Hat DIE LINKE die Arbeiter verloren?

„Hat Die Linke ‚die Arbeiter‘ verloren?“, fragt eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung. „Nein, eigentlich nicht“ verrät bereits die Unterzeile des Titels. Aber wie sieht es eigentlich konkret aus mit der Partei Die Linke und der Arbeiter\*innenklasse? Thomas Lohmeier sprach dazu mit dem Autor der Studie, Mario Candeias.

Bei den Wahlanalysen im Fernsehen sieht man immer die Balken, wie die Menschen nach Berufsstatus abgestimmt haben. Und diese Balken erwecken den Eindruck, Die Linke habe die Arbeiter:innen verloren. Das ist ja auch ein Vorwurf, der gerne öffentlich gemacht wird. Du hast nun eine Studie mit dem Titel: „Hat Die Linke die Arbeiter verloren?“ gemacht. Und? Haben wir die Arbeiterklasse verloren?

Lass mich zunächst einmal etwas zu diesen „Balken“ sagen. Bei den üblichen Nachwahlumfragen müssen sich die Wähler\*innen selbst Kategorien zuordnen. Und da müssen wir feststellen, dass die meisten lohnabhängig Beschäftigten sich nicht mehr dieser Kategorie zuordnen. Versteht sich die Krankenschwester, der Lehrer oder die Programmiererin als Arbeiter\*in oder als Angestellte?

*Gute Frage. Wahrscheinlich kennst du die Antwort ...*

Leider nicht. Diese Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten und anderen ist aus den meisten offiziellen und gewerkschaftlichen Statistiken entfernt worden. Aus gutem Grund. Warum bei Nachwahlbefragungen diese Unterscheidung immer noch gemacht wird, entzieht sich meiner Kenntnis.

*Nun habe ich gesehen, dass ihr diese Unterscheidung in der Studie auch nicht vorgenommen habt. Ihr seid einen anderen Weg gegangen.*

Wir haben beides gemacht. Erst die übliche Frage und dann sind wir der Sache tiefer auf den Grund gegangen und haben gefragt, in welchen Branchen und Berufen die potenziellen Wähler\*innen der Partei Die Linke arbeiten, sofern sie berufstätig sind.

*Und wo sind sie beschäftigt?*

Nun, 21 Prozent der Befragten im linken Potenzial sind im Bereich Gesundheit und Pflege beschäftigt. Ebenso viele sind es im Sektor Erziehung und Bildung. Zusammen arbeiten also über 40 Prozent der Befragten im Potenzial der Partei Die Linke in diesen beiden Sektoren – das ist eine überraschend hohe Zahl. Zum Vergleich: nur 18,5 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiten in diesen beiden Sektoren. Mit 11 Prozent folgt der Bereich Handel, Logistik und Lieferdienste, dann Industrie und produzierendes Gewerbe mit 10 Prozent. Das sind die wichtigsten Branchen, in denen Die Linke ein großes Wähler\*innenpotenzial hat.

...  
*Das hört sich aber nicht nach Lifestylinken mit hohem Einkommen und großzügiger Altbauwohnung im Prenzlauer Berg an ...*

Nein, beim besten Willen nicht. Die Befragten arbeiten vorwiegend als Pflegekräfte, Erzieher:innen, Lehrkräfte, Verkäufer:innen, Logistikarbeiter:innen und

Lieferbot:innen – die sogenannten systemrelevanten Dienste – oder sind Fach- und Hilfsarbeiter:innen in der Industrie. Wir konnten also feststellen: Außer bei den Beschäftigten in der Industrie mit einem deutlich höheren Lohnniveau dominieren im Wähler:innenpotenzial der Partei Die Linke die niedrigen Nettohaushaltseinkommen.

*Das scheint dem Vorwurf, Die Linke bediente nur noch die gut verdienenden und akademisch ausgebildeten, nicht zu entsprechen.*

So ist es. Eine Verschiebung im linken Wähler:innenpotenzial zugunsten stärker akademischer, urbaner und oft unterstellt privilegierterer Milieus wird zwar kontrafaktisch gern behauptet, lässt sich aber in der vorliegenden Befragung nicht bestätigen.

*Kann man das vielleicht zuspitzen: Die Linke wird nicht akademischer, sondern weiblicher – in dem Sinne, dass sie mehr und mehr die Berufsgruppen anspricht, die überdurchschnittlich von Frauen verübt werden?*

Das ist jetzt deine Zuspitzung. Aber gewissermaßen bildet sich die Neuzusammensetzung der Klasse der Lohnabhängigen durch die Transformation der gesellschaftlichen Arbeit ab – weniger Industriearbeit, mehr Dienstleistungs- und Care-Arbeit. Denn nach wie vor gilt: Je geringer das Einkommen, umso größer ist das Potenzial, links zu wählen.

*Nun ist es schon etwas länger her, als ich Marx gelesen habe. Aber ich würde diese Berufs- und Einkommensgruppen durchaus der Arbeiter:innenklasse zurechnen.*

Ich auch. Aber entscheidend ist ein anderer Punkt: Viele assoziieren mit dem Arbeiter einen Mann im Blaumann mit einem Schraubenschlüssel in der Hand. Aber die Welt der Arbeit hat sich verändert und damit auch die Tätigkeiten der Arbeiter:innen. Wir müssen feststellen, dass die Linke nicht „die Arbeiter:innen“ verloren hat. Sie hat aber vielleicht nur einen guten Zugang zu einem Teil der abhängig Beschäftigten.

gekürzt/Red.

**Mario Candeias** ist Politikwissenschaftler, Ökonom und Referent für sozialistische Transformationsforschung, linke Strategien und Parteien der Rosa-Luxemburg-Stiftung

**Thomas Lohmeier** ist Bereichsleiter Bürgerdialog / Medien / Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN



Das komplette Interview, geführt für das Onlinemagazin „linksbewegt“, könnt Ihr hier nachlesen.

QR-Code scannen oder [www.links-bewegt.de](http://www.links-bewegt.de)

## Aus dem Bundestag Ökonomischen Wahnsinn stoppen!

Die Wirtschaft schrumpft, die Brücken bröckeln, die Firmen sehnen sich nach Planungssicherheit, auch in der Lausitz - und trotzdem geistern wieder Streichlisten aus dem Finanzministerium durchs Kabinett. Mitten in der Krise! Das ist ökonomischer Wahnsinn.

Und alles nur, weil Teile der Bundesregierung die Schuldenbremse verehren und vergöttern wie abgedrehte Sektenführer. Sie verschließen die Augen und Ohren vor der Realität. Die sieht nämlich so aus: Immer mehr Ökonomen und Institutionen fordern eine Reform der Schuldenbremse. Der IWF, die Bundesbank, der Beirat vom Wirtschaftsministerium, Experten aus Ratingagenturen, die führenden Wirtschaftsinstitute des Landes - und jetzt auch die wichtigsten Berater der Regierung, die Wirtschaftsweisen. Die sagen: Die Schuldenbremse ist unnötig streng. Selbst die Wirtschaft fordert eine Reform. 50 Großunternehmen - von Miele bis Telekom - haben der Bundesregierung einen Brandbrief dazu geschrieben. Das sind wahrlich keine linken Organisationen. Die Gewerkschaften und Sozialverbände erheben diese und weitreichendere Forderungen schon seit langem.

Wir haben in der letzten Sitzungswoche einen Antrag eingebracht, der die Forderungen der Wirtschaftsweisen aufgreift und die Bundesregierung auffordert, die Schuldenbremse endlich zu reformieren. Die SPD und die Grünen haben es sich in der Debatte nicht leicht gemacht, denn eigentlich unterstützen sie diesen Vorschlag. Der Antrag wurde nun in den Finanzausschuss überwiesen. Am Ende wird sich aber leider sicherlich wieder die FDP durchsetzen und damit den Verfall unserer Brücken und Schulen weiter beschleunigen.

*Christian Görke, MdB*

**Save the Date!**  
**Auf die Straße in Cottbus.**  
**Infos folgen**

Holen wir uns den  
Reichtum zurück!  
**Mehr Lohn und  
mehr Zeit zum  
Leben!**

**MAI**



## Aus dem Landtag Muss der Wolf ins Jagdgesetz?

Immer wieder wird über diese Frage erregt debattiert. Vor allen in der Jägerschaft wird die Forderung „der Wolf gehört ins Jagdgesetz“ vehement gestellt. In Brandenburg gibt es zur Zeit 62 Territorien die durch Wölfe besetzt sind. Ca. 190 Wolfswelpen wurde im Wolfsjahr 2022/2023 erfasst. Schaut man sich die bestätigten Wolfsvorkommen in Brandenburg auf einer Karte an, erkennt man sehr deutlich eine starke Konzentration im Süden von Brandenburg. Und auch die Zahlen der Wolfsrisse an Nutztieren werden nicht weniger. 2023 gab es landesweit 358 Rissvorfälle, bei denen 1.281 Schafe und Ziegen, 90 Rinder (meist neugeborene Kälber), 81 Stück Gehegewild, 8 Alpakas und 4 Pferde getötet wurden. Das Land fördert den Herdenschutz, wie Unterhaltung von Herdenschutzhunden und Schutzzäunen und stellt Entschädigungen bereit. Aber trotzdem gehen die Diskussionen weiter.

Maßgeblich ist die Brandenburgische Wolfsverordnung, die zuletzt 2022 geändert wurde. Demnach können grundsätzlich einzelne Wölfe getötet werden, wenn sie ein für Menschen problematisches oder aggressives Verhalten zeigen, genaueres ist in der Verordnung beschrieben.

Den Wolf jetzt in das Jagdrecht aufzunehmen, wie es in Sachsen schon jahrelang der Fall ist, bringt wenig. Denn eine Jagd auf den Wolf ist damit nicht möglich, wegen des strengen Artenschutzes. Es herrscht eine ganzjährige Schonfrist.

Tatsächlich gab es 2023 neue Regelungen und Verabredungen mit dem Bundeministerium und den Ländern. Diese betrafen den möglichen Abschuss von Wölfen. Dazu muss Brandenburg jetzt Gebiete mit erhöhten Rissvorkommen definieren und in die bestehende Wolfsverordnung aufnehmen.

Die Linksfraktion hat die Aufnahme ins Jagdrecht bislang abgelehnt, weil dies keinerlei Änderung im Umgang mit dem Wolf bedeutet hätte. Erst bei Erreichen des guten Erhaltungszustandes könnte sich dies jedoch ändern. Diese Feststellung des guten Erhaltungszustandes ist Aufgabe des Bundes. Erst dann ist es möglich, ein zukünftiges mögliches Bestandsmanagement (also der Entnahme von Wölfen unabhängig von Schadensfällen, wobei der gute Erhaltungszustand nicht gefährdet werden darf) zu regeln. Das heißt aber nicht, dass der Wolf aus dem Wald verschwinden wird.

*Anke Schwarzenberg, MdL*

# Die Linke(n) und die Medien

11. April  
18.30 Uhr

Café Zelig, Fr.-Ebert-Str., Cottbus



## Rotes Sofa

Yasmin Kirsten  
im Gespräch mit  
Publizistin  
Ines Schwerdtner

Die Linke

Cottbus/Chósebusz



## Rotes Sofa

### Linker Politiktalk im Café Zelig

Endlich ist es soweit! Ab 11. April wird es auf dem „Roten Sofa“ heiß hergehen. Das neue, linke Politikformat startet mit dem Thema „Die Linke(n) und die Medien“.

Zu Gast ist die Publizistin Ines Schwerdtner, die bis 2023 Chefredakteurin des Magazins „Jacobin“ war und heute unter anderem den Podcast „Hyperpolitik“ betreibt. Die Moderatorin Yasmin Kirsten wird mit ihrem Gast über das Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein von linken Themen in den Leitmedien sprechen und darüber, welche Auswirkungen das auf die gesellschaftliche Entwicklung haben kann. Genauso wird es darum gehen, welche Alternativen nun nötig sind und wie die politische wie gesellschaftliche Linke nun agieren könnte.

## Studienvorstellung und Diskussion

### Hält die Brandmauer?

### Kooperationen mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in den ostdeutschen Bundesländern

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg lädt zur Vorstellung und Diskussion der Studie Hält die Brandmauer? - Kooperationen mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in den ostdeutschen Bundesländern ein. Die ‚Sicherer Hafen‘-Abstimmung im Cottbuser Kommunalparlament am 25. Oktober 2023 wird exemplarisch thematisiert werden.

Wann: Montag, 15. April 2024, 18.30 bis 20.30 Uhr  
Wo: Quasimono, Erich-Weinert-Str. 2, 03046 Cottbus

Spätestens seit dem Sommerinterview des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz im Juli 2023 wird viel über das Verhältnis zur AfD diskutiert. Hält die Brandmauer, also die strikte Abgrenzung, auch auf der kommunalen Ebene? Ist sie dort überhaupt nötig, geht es doch hier ausschließlich um „Sachpolitik“? Hat sie hier im Sinne einer undurchdringlichen Ebene eigentlich je existiert? Die Politikwissenschaftler\*innen Anika Taschke und Steven Hummel gehen in einer im März 2024 bei der Rosa Luxemburg Stiftung erscheinenden Studie diesen und weiteren Fragestellungen nach. Sie können im Zeitraum Sommer 2019 bis Ende 2023 121 Fälle von Kooperationen zwischen extrem rechten Parteien/Fraktionen und demokratischen Parteien/Fraktionen auf der kommunalen Ebene in Ostdeutschland nachweisen. Maßgeblich ist hier gemeinsames Abstimmungsverhalten. Nach einer Vorstellung der Studie soll mit Blick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen gemeinsam diskutiert werden. Wie kann mit der extremen Rechten in Kommunalparlamenten umgegangen werden?

Wie stellt sich die Situation vor Ort konkret dar?

**Anika Taschke** ist Politikwissenschaftlerin. Sie arbeitet als Referentin für Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Steven Hummel** ist Politikwissenschaftler. Er arbeitet als Bildungsreferent bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und ist ehrenamtlich bei der Dokumentations- und Rechercheplattform chronik.LE aktiv. Sein Schwerpunktthema ist die extreme Rechte.

Ausschlussklausel: Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die extrem rechten Parteien und/oder Organisationen angehören, der extrem rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische, verschwörungsideologische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verweigern oder von dieser auszuschließen.

